Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

39 (16.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 39 — Dienstag, den 16. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Reichspräsident von Hindenburg hat in einer öffentlichen Erklärung bekanntgegeben, daß er sich im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Schicksal des deutschen Vaterlandes entschlossen habe, sich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen.

•

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, alle Kräfte zur Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen.

•

Die Deutschnationale Volkspartei erklärt, daß es ihr unmöglich sei, Hindenburg ihre Stimme zu geben. Sie werde den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Harzburger Entschlüsse führen.

•

Der Stahlhelm erklärt, daß die Voraussetzungen, für Hindenburgs Wiederwahl einzutreten, nicht erfüllt seien, und daß der Stahlhelm nunmehr freie Hand habe.

•

Der Reichstag ist endgültig für den 23. Februar einberufen worden.

•

Der Geheime Rat billigte am Montag nach einer längeren Aussprache die Politik der japanischen Regierung gegenüber China.

Die Abrüstungsaussprache

Haltung der Türkei, Norwegen und Hollands

Genf, 15. Febr. Der **türkische Außenminister Tewfik Rüschtü Bey** erklärte auf der Abrüstungskonferenz, die französischen Vorschläge seien insoweit interessant, als sie zur Internationalisierung des Militärwesens, d. h. zur Abschaffung der nationalen Armeen, die die beste Förderung der Abrüstung bedeute, führen könnte. Dadurch würden die Sonderbündnisse hinfällig, und es würde nur noch ein einziges Bündnis der Kulturwelt gegen den Krieg bestehen. Die Vorschläge über Verbote bestimmter Waffen würden von der Türkei befürwortet, ja die Türkei trete sogar dafür ein, daß nicht nur die Verwendung, sondern auch die Produktion solcher Waffen unmöglich gemacht werden.

Nach dem türkischen Außenminister sprach der norwegische Delegierte **Colban** und erklärte, die Beschränkung der Haushaltsausgaben für militärische Zwecke müsse mit einer direkten Beschränkung des Personals und des Materials Hand in Hand gehen. Das Verbot gewisser Waffen müsse ergänzt werden durch die Kontrolle der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels. Der Vorschlag einer internationalen Armee sei nicht durchführbar ohne eine starke Verminderung der nationalen Rüstungen. Man konnte beobachten, daß der französische Kriegsminister Tardieu den norwegischen Delegierten nach Beendigung seiner Rede in ein längeres Gespräch zog.

Der portugiesische Außenminister **Branco** kündigte den Beitritt seines Landes zur Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit an.

Im weiteren Verlauf der Abrüstungsdebatte übte der **holländische Außenminister Bedaerts van Blommland** scharfe Kritik an dem Konventionsentwurf. Er forderte ein uneingeschränktes Verbot der schweren Angriffswaffen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man zu einem Verbot der automatischen Treibminen kommen werde. Zu dem französischen Vorschlag einer internationalen Polizei bemerkte der Redner, daß solche Ideen schon früher aufgetaucht, aber an der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung gescheitert seien. Jeder Versuch, das Sanktionssystem zu verschärfen, würde scheitern, wenn nicht gleichzeitig eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungen erfolge. Der Redner erhielt von der Versammlung starken Beifall.

•

Bevorstehende Einberufung der Völkerbundsversammlung zum Chinakonflikt

Genf, 15. Febr. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich **der chinesische Delegierte entschlossen, in der nächsten Ratssitzung am Dienstag die Einberufung der Völkerbundsversammlung offiziell zu beantragen.** Dem Antrage Chinas muß entsprochen werden und man rechnet hier mit einem Zusammentritt der Versammlung in etwa 8 bis 10 Tagen. Man hat den Eindruck, die chinesische Delegation habe die Hoffnung aufgegeben, daß das Verfahren vor dem Rat zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen führen könne. Ob die Bundesversammlung allerdings in einem Berichte oder, wie die Chinesen erhoffen, in einer Entschließung eine moralische Verurteilung des Vorgehens der Japaner aussprechen wird, erscheint nach dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit noch zweifelhaft.

•

Die weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz.

T.U. **Genf**, 15. Febr. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, in dem Deutschland durch Botschafter Nadolny vertreten ist, hat am Montag über den weiteren Gang der Konferenzarbeiten beraten. Es wurde beschlossen, daß die Hauptaussprache mit größter Beschleunigung durch Abhaltung von zwei Sitzungen täglich diese Woche zu Ende geführt werden soll. Botschafter Nadolny wird am Mittwoch die deutschen Abrüstungsvorschläge im einzelnen erläutern. In der nächsten Woche sollen dann die Kommissionsarbeiten beginnen. Das Präsidium hat beschlossen, an alle Regierungen die Aufforderung zu richten, ihre Vorschläge nunmehr bis Ende der Woche einzureichen. Welche Ausschüsse dann einberufen werden, hängt von den einzelnen Vorschlägen ab.

Hindenburgs Entschluß

Hindenburg stellt sich für die Wiederwahl zur Verfügung

Berlin, 15. Febr. Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung eine Pflicht erblicken.

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation!“

•

Die oben wiedergegebene Kundgebung des Reichspräsidenten spricht für sich. Sie zeigt, wie der Reichspräsident in all den politischen Wirren der letzten Wochen sich treu geblieben und seinen Weg still gegangen ist, bis nun die überwältigende Vertrauenskundgebung aus dem Volk, die der Sahm-Ausschuß mit der Sammlung von fast 2,5 Millionen Unterschriften zusammenbrachte, ihm unterbreitet wurde. Die Kreise der nationalen Opposition haben ihre Entscheidung bisher immer hinausgezögert und in buntem Wechsel zogen die Stimmungsbilder aus dem Stahlhelm, den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und dem Kyffhäuserbund an den Zeitungslesern vorüber, so daß man wirklich wirr werden konnte. Nun das entscheidende Wort Hindenburgs in offener Klarheit gefallen ist, kann der zweite Akt der Präsidentenwahl beginnen. Der Hauptkandidat steht fest. Wohl die überwiegende Mehrheit des Volkes sieht mit Achtung und Vertrauen zu Hindenburg auf, der in so schwerer Zeit in vorbildlicher Weise seines Amtes walte. Der greise Feldmarschall, der im Augenblick höchster Not von 1914 bis 1918 treu auf seinem Posten ausharrte, der die deutschen Truppen zu überlegenen Siegen führte und für ihre Heimkehr ins Vaterland nach dem Zusammenbruch sorgte, ist für viele geradezu ein Symbol der deutschen Kraft und Einigkeit, und so erklärt sich die Verlängerung seiner Amtszeit durch Wiederwahl aus tiefem und echtem Volksempfinden. Darüber hinaus ist es aber auch ein Akt politischer Klugheit, wenn sich das deutsche Volk nach dieser Kundgebung hinter Hindenburg stellt. Es gibt keine Persönlichkeit in Deutschland, die im Auslande so hohes Ansehen genießt, so hohe Achtung und Verehrung. Das deutsche Volk muß es Hindenburg danken, daß er in seinem hohen Alter weiterhin die Bürde des höchsten Beamten und Vertreters des Reiches übernehmen will. Diese Dankbarkeit wird am 13. März, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, in Erscheinung treten müssen.

Die Vorgeschichte dieser Kandidatur ist ein Spiegelbild deutscher Parteizerrissenheit und Zersplitterung. Und doch ist Hindenburg nicht der Parteimann, wie er auch jetzt wieder offen sagt. Nach dem nicht ganz glücklichen Versuch Brünings, die Parteien des Reichstages, auch die der Opposition, zu einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs zu bewegen, hat der neutrale Hindenburg-Ausschuß des Berliner Oberbürgermeister Sahm jene Stimmensammlung durchgeführt, die nun zweifellos den Reichspräsidenten mit dazu bewogen hat, sich nochmals als Kandidat aufstellen zu lassen. Die nationalen Verbände der Rechten haben sich aus parteitaktischen Erwägungen lange dagegen gesträubt. Sie können sich nicht freuen über die Bekehrten aus dem anderen Lager, von der Linken, vom Zentrum, der Demokratie, die bei der ersten Wahl Gegner Hindenburgs waren. Sie fürchten, daß der Einfluß dieser Leute dadurch gewinne. Sie wollen den Sturz Brünings und des „Systems“.

Außer Hindenburg steht nur der kommunistische Kandidat Thälmann fest. Die Sozialdemokraten werden keine reine Zählkandidatur aufstellen, sondern sich parteimäßig zurückhalten, unter allen Umständen scharf gegen eine nationalsozialistische Kandidatur sich zur Wehr setzen. Das geht aus Aeußerungen des „Vorwärts“ hervor. Ueber die Kandidatur Hitlers sind allerlei Lesarten im Umlauf. Die nächsten Tage dürften darüber Klarheit bringen. Ob eine Einigung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen zustande kommen wird, ist nach wie vor ungewiß. Man rechnet jedenfalls immer stärker damit, daß Hitler als Kandidat für die Nationalsozialisten auftreten wird.

Im Spiegel der Presse

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bedauert, daß die Wähler Hindenburgs von 1925 heute nur noch zum Teil hinter ihm stehen. Für die Deutschnationalen und den Stahlhelm bestehe jetzt die Gefahr, zwischen Hitler und Hindenburg aufgerieben zu werden.

Das „Berliner Tageblatt“, das Hindenburg den „Volkskandidaten“ nennt, fordert, daß bei dieser Wahl der Parteigeist und der Hader um die Reichsregierung schweigen sollen.

Die „Vossische Zeitung“ nennt die Kundgebung ein „wahrhaft historisches Dokument“, in dessen Mittelpunkt das Wort „Pflicht“ stehe.

Der „Börsenkurier“ sieht in dem „aufopfernden Entschluß“ eine Vereinfachung der Lage, in der einzigen angemessenen Weise für oder gegen Hindenburg, für oder gegen die außenpolitische Einheitsfront.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, auf der Rechten liegt jetzt die ungeheure Verantwortung, ob ein Hindenburg zum Kandidaten der Linken gestempelt werden soll. Möge sie diesen Umstand bei ihren weiteren Erwägungen wohl im Auge behalten!

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt von einem Kampf, der der nationalen Opposition gegen ihren Willen aufgezwungen werde.

•

Ablehnung der Rechtsopposition

Die Deutschnationale Volkspartei und die Kandidatur Hindenburg

Berlin, 15. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit:

Die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Brüning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verdächtiger Geschäftigkeit hat die Linksdemokratie die Hindenburgkandidatur betrieben. Beides hat nicht nur den Namen des Feldmarschalls, sondern dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschicke Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Ueber dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg als Schutzschild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunützen. Aus ihrer Hand nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. **Diese Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen.**

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.

Eine Erklärung des Stahlhelms

Berlin, 15. Febr. Die Presseabteilung des Bundesamts des Stahlhelms teilt mit: **Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General von Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelms zu sprechen.** Zu der Mitteilung des Stahlhelms erklärt General von Horn, daß er überhaupt nicht im Namen des Stahlhelms gesprochen habe. Das gehe auch aus der amtlichen Mitteilung hervor.

•

Erklärung der N.S.D.A.P. gegen Hindenburg.

T.U. **München**, 15. Febr. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. schreibt in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz zur Kandidatur Hindenburgs u. a.: Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung wäre bereit gewesen, mit Hindenburg, den sie vor sieben Jahren im Vertrauen auf den Generalfeldmarschall der deutschen Heere im Weltkriege auf den Reichspräsidentenstuhl erhoben hat, zu marschieren. Wenn er den Willen bekundet hätte, in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes dem System des Zusammenbruchs nunmehr ein Ende zu machen und mit seinen Trägern zu brechen. Aber Hindenburg hat sich heute auf die Seite der Gegner der nationalen Front, die ihn vor sieben Jahren zum Reichspräsidenten wählte, geschlagen und eine neue Kandidatur gegen seine früheren Wähler aus den Händen der Leute entgegengenommen, hinter denen seine Gegner und Beschimpfer von einst stehen. Die Fronten sind geklärt. Wie ein Sturmwind wird es wehen durch die deutschen Lande, wenn das Signal zum Angriff gegeben wird, um die Morschen und Alten des 9. November 1918 hinwegzufegen und freie Bahn zu schaffen dem jungen Deutschland, das seinem Führer folgt, gegen den auch immer sein Ruf ergeht.

•

Oberbürgermeister Sahm wird morgen zu Hindenburg gehen

Berlin, 15. Febr. Wie der Hindenburg-Ausschuß mitteilt, wird sich Oberbürgermeister Dr. Sahm morgen vormittag um 11.30 Uhr mit einer Abordnung des Hindenburg-Ausschusses zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihn über das Ergebnis der Einzeichnungsaktion für den Wahlvorschlag Hindenburgs zu berichten und ihn um sein Einverständnis zu bitten, daß sein Name auf den Wahlvorschlag gesetzt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Keine sozialdemokratische Zählkandidatur

Berlin, 14. Febr. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in einem groß aufgemachten Artikel mit der Reichspräsidentenwahl und schreibt: Die Sozialdemokratie wird nicht den kommunistischen Unsinn mit 2 multiplizieren. Sie wird sich ohne sorgfältige Prüfung nicht zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine Zählkandidatur ist sie sich zu gut. **Die Sozialdemokratie kann keinen Kandidaten aufstellen, ohne wirklich um den Sieg zu kämpfen.** Die Sozialdemokratie muß im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens den Faschisten den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: Sie muß auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellen ein Teil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage der Hitlerburger Front herbeigeführt werden kann.

*

Kyffhäuserbund zur Reichspräsidentenfrage.

T.U. **Berlin**, 15. Febr. Die Pressestelle des Kyffhäuserbundes veröffentlicht über die Führertagung des Bundes und über den Empfang des Bundespräsidenten, General a. D. von Horn, beim Reichspräsidenten eine Mitteilung, die mit folgender Kundgebung des 1. Bundespräsidenten schließt:

„Kameraden! Der Herr Feldmarschall hat heute die Kandidatur angenommen. Die Volkswahl steht bevor. Nicht die Parteien sollen sprechen, sondern jeder Einzelne nach bestem Wissen und Gewissen. Ihr werdet mir zugestehen, daß ich seit Jahren mit allen Kräften bestrebt bin, die Parteipolitik aus unserem großen Kameradenkreise fern zu halten. Auch heute rufe ich Euch zu: Laßt die Parteibindung beiseite und handelt in reinem Kyffhäusergeist. Stellt Euch über die Partei, prüft und erkennt die großen deutschen Notwendigkeiten. Durchdenkt die bevorstehenden Wahlkämpfe bis zum Letzten und macht Euch die Folgen klar, die eintreten können. Wer soll unser zerrissenes Volk in seiner tiefsten Not und in seiner größten Gefahr zusammenhalten und nach außen vertreten? Wer hat den Willen und die Kraft, die ungeheuren inneren Spannungen, die zur Entladung drängen, zum Segen des Volkes auslaufen zu lassen? Da ich als verantwortungsbewußter Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie — erhaben über alles parteipolitische Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuß lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes — lauten: Bewahren wir alten Soldaten unserem verehrten Ehrenpräsidenten das Vertrauen, das er verdient und die Treue, die er uns gehalten hat. Verlassen wir unseren Hindenburg nicht.“

*

2 800 000 Einzeichnungen für Hindenburg

T.U. **Berlin**, 15. Febr. Wie der Hindenburg-Ausschuß mitteilt, belief sich die Zahl der Eintragungen für Hindenburg am Montag um 23 Uhr auf 2 800 000. Aus zahlreichen Landgemeinden fehlen jedoch noch abschließende Meldungen.

Gegen die Politisierung der wahlunmündigen Jugend

Berlin, 15. Febr. Reichsinnenminister **Gröner** hat an die Vorsitzenden aller im Reichstag vertretenen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem er nach einem Hinweis auf die parteipolitische Gegensätzlichkeit, die sich bei der Jugend immer mehr als Nährboden jugendfremden Haßgeistes und schwerer Untaten erweise, **die Führer der politischen Parteien dringend auffordert, sie möchten angesichts der auf dem Spiel stehenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erwägen, ob nicht ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt werden könnte.**

Es ist mir klar, heißt es in dem Schreiben weiter, daß angesichts der gesamten Verhältnisse der von mir angeregte Verzicht der Parteien mancherlei Einwänden begegnen wird. Die rasche und schwere Verschlimmerung der Verhältnisse lasse aber **nur von einem radikalen Eingreifen eine Wendung zum Besseren erhoffen.** Auch vom außenpolitischen Standpunkt erscheine es dringend empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der wahlunmündigen Jugend, das nur ein zwieträchtiges, sich in inneren Kämpfen verzehrendes Deutschland der Zukunft erwarten ließe, ein Ende zu machen. Der Reichsminister ersucht die Parteiführer, ihr ihre grundsätzliche Stellungnahme zu dem Appell sobald wie möglich mitzuteilen.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

Lausanne im Juni

Reparationseinigung Frankreich—England?

Die Reparationskonferenz in Lausanne-Ouchy ist, nunmehr wohl endgültig, auf Juni festgelegt. Zwischen Paris und London waren Verhandlungen im Gange, die in diesen Tagen zur Einigung geführt haben. Daß Reichskanzler Dr. Brüning seine Anwesenheit in Genf benutzt hat, um der Terminfestsetzung einer Entscheidung entgegenzubringen, ist ein offenes Geheimnis.

Ueber die Art der englisch-französischen Verständigung in der Reparationsfrage sind zahlreiche Kombinationen im Gange. Man will sogar wissen, daß die Besprechungen zwischen Paris und London zu detailierten Einzelergebnissen, nicht nur technischer, sondern auch grundlegender Natur geführt hätten, daß mit anderen Worten den Beschlüssen der kommenden Lausanner Konferenz vorgegriffen sei. Sollte sich diese Annahme bewahrheiten, dann würde Deutschland auf der Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt werden und hätte keine Auswahl, als sich entweder dem neuen Diktat zu beugen oder es abzulehnen.

Indessen spricht manches dafür, daß die englisch-französischen Vorbesprechungen zu keiner endgültigen Lösung des Reparationsproblems geführt haben. Die Annäherung des englischen Standpunktes an den französischen ist zweifellos erfolgt, aber von einer Verschmelzung der beiden Ansichten kann keine Rede sein.

Die Bemühungen der Franzosen gehen nach wie vor darauf hinaus, den Youngplan im Prinzip bestehen zu lassen, wenn auch seine praktische Ausschaltung den Franzosen unvermeidlich erscheint. Die Engländer dagegen scheinen keinen Wert auf prinzipielle Feststellungen zu legen. Es kommt ihnen vor allen Dingen darauf an, die eigenen Interessen zu sichern, in dem die kommerziellen Zahlungen Deutschlands einen Vorrang vor den politischen erhalten. Doch lehnt auch England, genau wie Frankreich, eine einseitige Kündigung des Youngplanes durch Deutschland rundweg ab.

Die Lage, in der sich das Reich unter diesen Umständen auf der Konferenz von Lausanne befindet, ist nicht gerade leicht zu nennen. Erfreulich ist nur die absolute Klarheit der deutschen These: Deutschland kann in Zukunft keine Reparationszahlungen mehr leisten. Es liegt also an den Gläubigern, sich diesem Sachverhalt anzupassen. Daß die Gläubiger versuchen werden, die Verantwortung für den Gang der Verhandlungen auf Deutschland zu schieben, ist mit Sicherheit zu erwarten. Es gilt daher für das Deutsche Reich, schon heute den Widerstand vorzubereiten, um diese Manöver zu durchkreuzen.

Von der Reparationskonferenz trennt uns mehr als ein Vierteljahr. Was nicht alles in dieser Zeit noch geschehen kann: Das Riesenabenteuer, in das sich Amerika durch die Verringerung seiner Golddecke gestürzt hat, kann die größten und schmerzlichsten Rückwirkungen auf die übrige Welt haben. Die Krise, in der sich Frankreich bereits heute befindet, dürfte eine weitere erhebliche Verschlimmerung erfahren, das Schicksal der englischen Währung und somit der englischen Finanzen bleibt nach wie vor in der Schwebe, und wie es in Deutschland im Juni aussehen wird, kann heute niemand voraussagen. Sowohl die Präsidentschafts- wie die Preußenwahlen werden hinter uns liegen, und auch die französischen Wähler werden ihr neues Parlament bereits gewählt haben. Es ist also müßig, schon heute die einzelnen Vorgänge der Reparationskonferenz vorauszusehen und zu besprechen. Nur eins ist klar, das Schicksal der Lausanner Konferenz wird von der gesamten politischen und wirtschaftspolitischen Situation abhängen, in der sich die Welt im Juni befinden wird.

Wer dabei glaubt, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Anschauungen in dieser Zeitspanne sich abschwächen oder gar ausgleichen werden, befindet sich im Irrtum. Die Verständigung wird vielmehr zumindest ebenso schwer zu erzielen sein, wie dies heute der Fall gewesen wäre. In diesem Sinne ist eine Verschiebung der Konferenz-Eröffnung nach wie vor zu bedauern.

Vor einer japanischen Offensive

Starke japanische Streitkräfte landen in Schanghai

Schanghai, 14. Febr. Die Japaner landeten am Sonntag starke **Streitkräfte mit Tanks, Haubitzen, leichten und schweren Geschützen und Kavallerie** und ließen sie in die internationale Niederlassung marschieren. Aus maßgebenden japanischen Mitteilungen geht hervor, daß von den Transportschiffen die gestern eingetroffen sind, 12 000 Mann gelandet würden. Die Truppen zogen durch Jangtsepu nach dem japanischen Teil der Niederlassung unter Hochrufen der an beiden Seiten der Straße aufgestellten japanischen Einwohner.

*

Die neunte japanische Division in Schanghai

Schanghai, 14. Febr. Die neunte japanische Division ist unter dem Schutz von vier Kreuzern, sieben Zerstörern und sechs Torpedobooten hier eingetroffen. Dies wird **als das Vorzeichen einer großen japanischen Offensive** angesehen, deren Ziel sein dürfte, die Chinesen aus Schapei und Wusung endgültig zu verdrängen.

Japanische Granaten in der internationalen Konzession

Schanghai, 15. Febr. Die japanische Artillerie setzte Montag früh das **Bombardement auf Schapei fort.** Mehrere Granaten explodierten dicht bei einem Blockhaus an der Grenze der internationalen Konzession, das von englischen Freiwilligen belegt war. Die Besatzung mußte das Blockhaus vorübergehend räumen.

Die Japaner kündigen eine große Offensive an.

T.U. **Schanghai**, 15. Febr. Die japanischen Militärbehörden teilen mit, sie seien bereit, nach 36 Stunden bis zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu warten, um den Chinesen die Möglichkeit zu einem freiwilligen Rückzug zu geben. Andernfalls würden die japanischen Truppen am Mittwoch eine große Offensive eröffnen. Der chinesische Oberbefehlshaber Tsai hat demgegenüber die japanische Forderung auf Zurückziehung der chinesischen Truppen endgültig zurückgewiesen, sodaß in den nächsten Tagen mit großen Kämpfen zu rechnen sein wird.

Am Montag war die Kampflage sowohl in Tschapei als auch an der Wusung-Front verhältnismäßig ruhig. Die letzten Truppen der 1. japanischen Division wurden in Schanghai gelandet und mit der Ausschiffung der 2. Division begonnen. Ferner wurden Pionier- und Hilfspionierformationen, mehrere Flugzeuge, sowie 10 leichte und 5 schwere Tanks und Gebirgsartillerie, die sofort in Stellung gefahren wurden, an Land gesetzt. Die in Schanghai befindlichen japanischen Truppen belaufen sich nunmehr auf ungefähr 22 000 Mann.

Die Bildung der mandschurischen Republik vor dem japanischen Geheimen Rat.

T.U. **Tokio**, 15. Febr. Am Montag fand eine Sitzung des Geheimen Rates statt, an der neben dem Ministerpräsidenten Inukai die Chefs des General- und des Admiralstabes teilnahmen. Das Mitglied des Geheimen Rates Joun erklärte sich gegen die Bildung eines mandschurischen Staates, weil er die Mandschurei als einen Teil Japans betrachte. Ministerpräsident Inukai wies demgegenüber darauf hin, daß der mandschurische Staat in wirtschaftlicher und politischer Beziehung mit Japan zusammenarbeiten werde. Darin liege die beste Gewähr für den Frieden im Fernen Osten. Nach einer längeren Aussprache billigte der Geheime Rat die Politik der japanischen Regierung gegenüber China.

Die Telegraphenagentur „Shimbun Rengo“ teilt mit, daß alle Vorbereitungen zur Ausrufung der mandschurischen Republik beendet seien. Die Republik wird am 17. Februar in Mukden ausgerufen.

D-Zug-Anschlag bei Marseille

Paris, 15 Febr. Der D-Zug Ventimiglia—Paris ist am Sonntag kurz vor 19 Uhr etwa 5 Kilometer vor der Einfahrt nach Marseille bei der Ortschaft La Pomme entgleist. Man glaubt, daß es sich um ein Attentat handelt, da im Augenblick der Entgleisung eine starke Explosion weithin hörbar war. Der Zug bestand aus der Lokomotive, dem Tender, dem Gepäckwagen, einem Speisewagen und 7 Schlafwagen. Die Lokomotive fuhr noch etwa 100 Meter weiter, während der Gepäckwagen und der Speisewagen sich ineinanderschoben. Die drei nächsten Schlafwagen kamen aus dem Gleise und glitten die 6 bis 8 Meter tiefe Böschung hinunter. Trotz des ernsten Unfalles sind glücklicherweise nur einige Reisende unerheblich verletzt worden.

Die Entgleisung des D-Zuges ist auf **ein Attentat zurückzuführen.** Die Untersuchung hat ergeben, **daß der Zug in die Luft gesprengt werden sollte.** Als der Zug die Unfallstelle passierte, ist ein Sprengstoffkörper explodiert.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[32

Elme und sie, die Fürstin, kannten sich. Auf Seiten des jungen Mädchens war scheue Bewunderung gewesen; das wußte die vielerfahrene Frau genau. Sie aber, Fürstin Sabofsky, hatte gleich in der ersten Minute gefühlt, daß ihr durch jenes blonde, schöne Mädchen Unangenehmes drohte. Sie hatte auch keine Anstalten gemacht, näher mit der jungen Dame bekannt zu werden.

Jetzt aber mußte sie das nachholen. Unter allen Umständen mußte sie versuchen, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen sich und Elme von Dörring herzustellen. Würden sie Freundinnen, hatte Dietrich von Rheinsbergh doch wohl keine Veranlassung, diese Freundschaft zu verbieten?

Und war es erst so weit, verkehrte sie erst später in seinem Hause, dann würde es ihr ein leichtes sein, ihn zu erobern. Er kannte sie ja viel zu wenig, und er hatte in seiner stolzen, schroffen Art ihre Annäherung zurückgewiesen, weil sie ihm unweiblich erschien.

Aber wenn er sie in ihrem ganzen Scharm kennenlernte, wenn er wußte, daß es ihr heißes, leidenschaftliches Temperament nicht anders zuließ, wenn sie etwas empfand, dann würde er sich doch mit ihrer Art abfinden und sie lieben lernen. Es hatte bis jetzt noch keinen Mann gegeben, der ihr nicht verfallen wäre. Und Dietrich von Rheinsbergh mußte es auch und würde es, denn gerade nach ihm verlangte ihr heißes, leidenschaftliches Blut.

Kein Mitleid fühlte die Fürstin. Sie dachte nicht daran, daß, wenn ihr Vorhaben gelang, ein junges, vertrauendes Herz darüber brechen würde. Die schöne Frau hatte nur immer ihr eigenes, liebes Ich gekannt; etwas anderes gab es für sie nicht. Und gegen die glückliche Nebenbuhlerin fühlte sie höchstens Haß, aber kein Mitleid.

Regungslos stand die Fürstin da. Im Apparat klang eine ungeduldige Stimme:

„Durchlaucht, was ist an meinem Vorschlag, der herzlich gut gemeint war, so Niederschmetterndes? Ich warte noch immer.“

„Verzeihung, Gräfin! Natürlich fahre ich mit. Ich habe nur in den wenigen Sekunden meinen ganzen, schon feststehenden Reiseplan über den Haufen geworfen. Ich erwarte Sie heute abend noch auf ein Stündchen, liebe Gräfin.“

„Schön! Dann kann ich es meinem Manne also melden!“

Noch ein paar freundliche Worte hin und her, und dann stand die Fürstin mitten im Zimmer, die Arme weit ausgestreckt. Voll Dankbarkeit dachte sie an die alte Gräfin Deklar. Wie gut von ihr, heute anzurufen! Jetzt würde alles gut werden. Das war kein Zufall, das war einfach eine Fügung.

Und sie würde dieser Fügung nicht im Wege stehen. Sie würde sie nützen.

„Dietrich von Rheinsbergh, was sind mir alle Männer zusammen, wenn ich deine Liebe besitzen dürfte? Du bist ja gar nicht kalt und verschlossen in der Liebe, du bist heiß und leidenschaftlich. Du verstellst dich ja nur. Und weil ich das weiß, liebe ich dich. Ich muß ergründen, warum du dieses Kind zur Frau nimmst, sie, die dir nichts sein kann. Denn du bist verwöhnt — auch das weiß ich, ich lese es in deinen Augen, die mir das Blut durch den Körper peitschen, diese großen, herrischen Augen.“

Die Fürstin zerpflückte eine kostbare Orchidee nach der anderen. Ein kleines Vermögen lag schon am Boden. Achtlos schritt die Fürstin über die rosa Blüten hinweg.

* * *

Elme war an dem Tage, an dem sie erfuhr, daß sie eine reiche Erbin war, wie im Traume einhergegangen.

Der letzte Schatten fiel von Dietrich von Rheinsbergh. Im Auftrage ihrer Mutter hatte er Werdenberg gekauft, damit es für Elme gerettet wurde. Und wenn sie nicht seine Frau geworden wäre, dann hätte sie doch jedes Recht gehabt, Werdenberg von ihm zurückzukaufen!

Deshalb also! Deshalb!

Und sie hatte ihn gehaßt als den Mann, der ihr die Heimat genommen. Wieviel hatte sie gutzumachen!

Sie wollte es.

Zärtlich schmiegte sie sich an den geliebten Mann, scheu seinen Namen flüsternd, und er küßte die reine Stirn, das lockige Haar.

„Mache kein Aufheben von alledem, Elme! Nur ich habe zu danken, ich allein.“

Es war aber kein Zweifel, daß diese Verlobung allerlei Gemütserregungen verursachte.

„Elme von Dörring! Sieh einer an. Sie also ist es! So mußte sie aussehen, die einen Dietrich von Rheinsbergh bezaubern konnte. So bezaubern, daß er sich mit ihr verlobte! Nun ja, in der Liebe erlebt man eben immer wieder allerlei Ueberraschungen.“

So orakelte man an der einen Stelle. Irgendwo zog jemand die Schultern hoch und fragte:

„Elme von Dörring? Na ja, er nimmt nun eben die Tochter, nachdem es die Mutter nicht sein konnte. Allerlei Interessantes mag die Vergangenheit schon bergen. Gut, daß die Gräber schweigen.“

„Der Kuchen ist vorzüglich, liebe Frau Professor. Wirklich, ganz delikat! Ist er von Salzer? Natürlich ist er von Salzer. Na, den wollen wir uns mal zu Gemüte ziehen und nicht die Privatverhältnisse anderer Menschen. Ehrenwerter Menschen, denen man von Herzen ihr Glück zu gönnen hat. Es war schon immer kein Kunststück, über einen Dritten herzuziehen, wenn der nicht anwesend ist. Nun schon gar in diesem Falle. Ich gebe es ja zu, eine Menge Hoffnungen hat Rheinsbergh zerstört. Aber alle sitzengebliebenen Jungfrauen in unserer lieben Stadt und Umgebung hätte er ja doch nicht heiraten können. Er konnte nehmen, wen er wollte, so und so viele hatten doch immer wieder das Nachsehen. Nein, der Kuchen! Ich bin ganz begeistert!“

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg